

Mechanik & Kuratör

ABONE!

Dahil idari aylık 1.75, Ocak aylık 4.75, Ocak aylık 8.50, Ocak aylık 15 lira.

Marifet için aylık 5, Ocak aylık 13, Ocak aylık 25 R. M. yahut mukabil (Posta ücreti dahil) ödemek üzere.

İLANAT

Sabitfele 1 santimetre 100 Kurus, 75 Kurus, 50 Kurus, 30 Kurus.

Karhane: Tekke Caddesi No 585 ve 587

Telegraf adresi: Türkpost, Telefon Beyoğlu 209 ve 210, Posta Kutusu: Galata 269

Türkische Post

Preis der Einzelnummer 5 Grusch

BEZUGSPREIS!

Inland: 1 Monat 1.75 T. Pld. 3 Monate 4.75 T. Pld. 6 Monate 8.50 T. Pld. 12 Monate 15.- T. Pld. Ausland: 1 Monat 3.- R. Mark, 3 Monate 13.- R. Mark, 6 Monate 25.- R. Mark oder Gegenwert, alles einschließlich Porto. Inskribe: 1 Seite 1 cm. 100 Grusch, 2. Seite 75 Grusch, 3. Seite 50 Grusch, 4. Seite 30 Grusch.

(INLANDSPREISE)

Geschäftsleitung: Tekke - Strasse Nr. 585-587, Drahtanschr.: Turkpost, Perympf: Pera 209 u. 210, Postfach: Galata 269.

5. Jahrgang Nr. 116

Tagesszeitung für den Nahen Osten

Sтамбуl, Montag, 28. April 1930

Organ der deutsch-türkischen Vereinigung, Berlin, der türkisch-deutschen Handelskammer, Hauptplatz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

Tagesspiegel.

Die Kammer.

Avusturya baş vekilli Paris gitmiştir. Hindistan kanun meclisi reisi İtalya emittir. Zeppelinin cembil Amerika seyrahı 18 mayısta başlayacaktır. Fransa meclisi 3 haziran kadar tatil faaliyet emittir. Der österreichische Bundeskanzler ist zu einem Besuch nach Paris abgereist. Der Präsident der indischen Gesetzgebenden Versammlung ist zuückgetreten. Die Südamerikafahrt des Zeppelin beginnt am 18. Mai. Die französische Kammer ging bis zum 3. Juni in Ferien.

In der Kammer wurde gestern das Projekt bezüglich des Ausgleiches des Budgets der Pressedirektion diskutiert und ratifiziert sowie auch die Bewilligung des Ergänzungskredits für das Budget der Großen Nationalversammlung. Des weiteren wurde in die Diskussion über das Projekt des Gesetzes für Korruption und Unterschlagungen von Beamten eingetreten. Die Mehrzahl der Abgeordneten stellten den Antrag, die Diskussion über diesen Gesetzentwurf in Anwesenheit des Justizministers vorzunehmen. Der Antrag wurde angenommen und die Kammer vertagte sich auf nächsten Montag.

Vom Tage.

Im Verlauf des von Gandhi entfesselten Feldzuges des bürgerlichen Ungehorsams ist in den letzten Tagen das erste Blut geflossen. Während der Marsch zum Meer ungehindert durchgeführt und die symbolische Handlung der Salzgewinnung und der damit verbundenen Verletzung des Salzmonopols für Gandhi selbst keinerlei Folgen hatte, hat die englische Regierung gegenüber seinen Anhängern und nächsten Mitarbeitern scharf durchgegriffen. Vermutlich hoffte man auf diese Weise Gandhi zu isolieren und ihm die Möglichkeit zu nehmen, seine Aktion weiter zu organisieren. Gandhis Antwort hierauf ist indessen anders gewesen. Er, der bisher immer die „gewaltlose Rebellion“ verkündet hatte, forderte seine Anhänger auf, nicht mehr wie bisher der Polizei auszuweichen, sondern sich ihr gegenüber zu behaupten. Die Folge konnte nur das Blutvergießen sein, zu dem es jetzt gekommen ist.

Im Zusammenhang mit dieser Verschärfung der Gandhi-Bewegung haben die Ausschreitungen auf bisher ruhige Gebiete Indiens übergegriffen, und besonders in den nordwestlichen Bezirken des Landes sind die ersten blutigen Kämpfe grösseren Ausmasses erfolgt. Bisher haben die englischen Behörden durch Einsatz von Polizei und Militär unter Verwendung von Panzerwagen und modernem Kriegsgewehr stets in verhältnismässig kurzer Zeit alle örtlichen Putsche niedergeschlagen. Immerhin ist eine gewisse Verschärfung der Bewegung gegenüber den ersten Wochen des Gandhischen Feldzuges nicht zu bestreiten. Die von Gandhi entzündete Bewegung nimmt immer mehr den Charakter eines gewaltsamen Aufstandes an und dürfte, wenn die Entwicklung so weiter geht, bald die ganze Gandhi-Aktion in den Hintergrund drängen.

Das darf indessen nicht zu einer Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse in Indien führen. Angesichts der riesigen Ausmasse des Landes können die bisherigen Erfolge der Gandhi-Bewegung nur als örtliche Putsche ohne grössere Bedeutung angesehen werden. Abgesehen von einem kleinen Kreis fanatisierter Inder verhält sich die grosse Masse fast durchweg gleichgültig. Dazu kommt ein weiteres. Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht die Stellungnahme des mohammedanischen Führers Mohammeds Ali, der bei dem ersten Feldzug Gandhis dessen rechte Hand gewesen war und der jetzt die Mohammedaner aufgefordert hat, sich der Bewegung des bürgerlichen Ungehorsams nicht anzuschliessen. Das ist ein weiteres Hemmnis für Gandhi, das nicht zu unterschätzen ist. Es muss immer wieder darauf hingewiesen werden, dass es kein indisches Nationalvolk gibt, das der Träger einer Bewegung sein könnte, wie sie Gandhi vielleicht vor Augen steht. Indien ist ein Gemisch von Rassen, Völkern, Kulturen und Gesellschaftsgruppen, die sich innerlich fremd gegenüberstehen. In dieser Hinsicht ist die Stellungnahme Mohammed Alis ein bezeichnendes Symptom. Für die Engländer ist diese Uneinigkeit und Unvereinbarkeit der Gegensätze natürlich von grösstem Wert und wird als gegebener Faktor wohl in Rechnung gestellt.

Darüber hinaus muss man jetzt, wo die Gandhi-Bewegung drauf und dran ist, vom gewaltlosen Freiheitskampf zum offenen Aufstand überzugehen, die Frage stellen, was Gandhi denn überhaupt bezweckt. Nach seinen Aeusserungen und wiederholten Erklärungen wird als Abschluss der Bewegung ein unab-

Unterpräfekturen in Stambul.

Ankara, 26. April. Wie die „Milliet“ aus Ankara erfährt, hat die Kommission für innere Angelegenheiten beschlossen, in Stambul vier Unterpräfekturen zu errichten. Diese sollen in Fatih, Sarıyer, Besiktasch und Kadiköy eingerichtet werden.

Politik in Athen.

Athen, 27. April. Aus Paris traf der dortige griechische Gesandte Politis in Athen ein. Besondere Zweck der Reise ist die Rücksprache mit den zuständigen Athener Stellen betriefts der Verletzung des griechisch-französischen Handelsvertrages durch Frankreich, das bekanntlich durch ein im Dezember erlassenes Gesetz die Einfuhr griechischer Weine fast unmöglich macht und dadurch die Basis des ganzen Vertrages erschüttert wird. Um die Kündigung oder sofortige Ausserkraftsetzung des Vertrages zu umgehen, hat man ein Provisorium ins Leben gerufen, Politis kommt nun aber um die Angelegenheit mit Frankreich endgültig zu regeln. Frankreich will als Gegenleistung für sein Tabakmonopol griechischen Tabak einführen und diese Einfuhr, die bis jetzt gegen 200.000 kg beträgt, auf über 1 Million kg steigern. In Makedonien ist bereits der Chef des französischen Monopols eingetroffen. Die Schwierigkeit der Einfuhr des griechischen Tabaks in Frankreich ist in der Qualität zu suchen, da das französische Monopol minderwertige Qualitäten braucht, die Griechenland nicht genügend besitzt, da Makedonien fast nur hochwertige Tabake herstellt. Weiter wird Politis über den Kellogg-Pakt mit der Griechischen Regierung verhandeln und weiter mit ihr über die Frage der Entschädigung der griechischen Gemeinden in Bulgarien sprechen. Im Winter wird sich Politis als Vertreter Griechenlands auf kurze Zeit nach Abessinien begeben.

Heuschreckenplage auch in Griechenland.

Athen, 27. April. Im Peloponnes sind die ersten Heuschreckenschwärme aufgetaucht! Das Landwirtschaftsministerium hat sofort angeordnet, dass der Kampf gegen die Heuschrecken unverzüglich aufgenommen wird, um das Uebel zu beseitigen oder wenigstens einzuschränken.

Schiffszusammenstoss in der Nordsee.

Berlin, 27. April (A.A.). Der amerikanische Postdampfer „Präsident Harding“ stieß in der Nähe von Helgoland mit dem englischen Dampfer „Kirkwood“ zusammen. Der „Kirkwood“ ist gesunken, die Besatzung wurde von dem amerikanischen Dampfer gerettet. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

hängiges Indien gedacht. Dabei erhebt sich sofort die Frage, was denn Indien mit einer derartigen Unabhängigkeit anfangen oder wie es diese überhaupt nur ertragen könnte. Die Voraussetzung für das Bestehen eines unabhängigen Indiens müsste doch die Fähigkeit der Selbstregierung sein, die nur auf der Grundlage eines einheitlichen Willens zustande kommen könnte.

Gestriger Schluss-Kurs: 1 Reichsmark = 50.50 Piaster.

Ende des Verhörs von Haidar Rifaat Bej.

Nach Beendigung des Verhörs von Haidar Rifaat Bej erklärte dieser, dass alle Mitglieder der Stambuler Rechtsanwaltschaft seine Aussagen bezuegen können. Namentlich nannte er Nesched Bej, Rechtsanwalt in Mudania, Prof. Deschewad Bej, früherer Unterstaatssekretär, Kenan Bej, Rechtsanwalt Abduraman Münib Bej, den früheren Minister Ismail Sidki Bej, Mustafa Hairi Bej, Ahmet Hilmi Bej aus Eskischehir, Rechtsanwalt Ibrahim Bej aus Biletschik, und den früheren Richter der Insel Kuschada, dessen Namen er nicht mehr kenne.

Das Gericht zog sich daraufhin zurück und beschloss die Vertagung bis zum 15. Mai. In dieser Zeit sollen die von Haidar Rifaat Bej genannten Zeugen herbeizitiert werden.

Haidar Rifaat Bej ist von Ankara hier eingetroffen. Er erklärte unserem Berichterstatter, dass er von einem günstigen Ausfall des Prozesses für ihn überzeugt sei.

Ein Brief Kenan Bejs.

Der Generalstaatsanwalt von Stambul Kenan Bej richtete an den „Wakit“ ein Schreiben, in dem er auf die Beschuldigungen Haidar Rifaat Bejs in seinem ersten Schreiben an den Staatspräsidenten antwortete: „Nach dem Inhalt des genannten Schreibens sind die Prozesse gegen die Zeitungen vom 2. Stambuler Gericht nach einem anderen Gericht überwiesen worden auf Grund einer chiffrierten Depesche, die ich am 1. Februar nach meiner am 31. Januar erfolgten Rückkehr aus Ankara an den Justizminister gerichtet haben soll. Ich habe mich am

19. Januar zum Zwecke der Teilnahme an Sitzungen der Generalstaatsanwälte auf Weisung des Justizministeriums nach Ankara begeben und bin am 7. Februar von dort zurückgekehrt. Diese Daten sind amtlich festgelegt. Ich habe mich also zu der von Haidar Rifaat Bej angelegenen Zeit nicht auf meinem Posten befunden und es ist daher auch unmöglich, dass ich zu der Zeit meinerseits ein Telegramm an den Justizminister gerichtet habe. Die Ueberführung des Prozesses wurde auf Anordnung des Kassationsgerichtshofes durchgeführt und zwar nach Brussa.

In einem anderen Absatz des Briefes wird gesagt, dass die Mitglieder des II. Gerichtes beschlossen hätten, insgesamt zurückzutreten und dass der Minister, ans Telefon gerufen, diese Demission verhindert hat, wobei er dem Präsidenten des Gerichtes und einem der Richter die Mitgliedschaft beim Kassationsgerichtshof versprochen hätte. Die Mitglieder des II. Gerichtes haben keinen derartigen Wunsch laut werden lassen und ich habe meinerseits beim Minister keinen Schritt in dieser Hinsicht unternommen. Ich rufe hierzu das reine Gewissen des Präsidenten des Gerichtes und der Richter zu Zeugen auf. Der Verfasser dieses Briefes muss auch wissen, dass die Ernennung zum Mitglied des Kassationsgerichtes dem Gesetz unterliegt. Kein Richter kann sich mit einem Versprechen zur Ernennung zufrieden geben. Es ist auch nicht vorstellbar, dass ein Richter sein Gewissen mit derartigen Dingen belastet.

Generalstaatsanwalt von Stambul. Kenan.

Russland und die Höllenmaschine.

Moskau, 27. April. Die Auffindung der Höllenmaschine in der russischen Gesandtschaft in Warschau hat in Moskau grosse Erregung hervorgerufen. Die Presse schiebt allgemein der polnischen Regierung die volle Verantwortung für den Fall zu. Nach den Berichten von Sachverständigen soll die Maschine von ausserordentlicher Sprengwirkung gewesen sein, sodass bei einer Explosion das ganze Gesandtschaftsgebäude in die Luft geflogen wäre.

Das Rätsel Kutjepow.

Paris, 27. April. Die „Liberté“, die sich in der Angelegenheit der Verschleppung des russischen General Kutjepow bisher am meisten hervorgetan hat, deren Entrüstung aber mehr innerpolitischer Propaganda als menschlichem Mitgefühl zuschreiben ist und deren Meldungen man in diesem Zusammenhang mit einer gewissen Vorsicht aufnehmen muss, veröffentlicht nunmehr einen Brief, der aus einem der russischen Randstaaten stammt und von einer Person geschrieben sein soll, deren Aufrichtigkeit über jeden Zweifel erhaben ist.

Der Briefschreiber kündigt in dem Schreiben ein russisches Manöver an, das geeignet sein soll, die Verantwortung Sowjetrusslands an der Verschleppung des Generals abzuwälzen. Die Sowjetregierung habe zu diesem Zweck zwei Pläne ausgearbeitet, von denen der eine darin bestehe, die Leiche des Generals nach Europa oder gar nach Amerika zu befördern, und sich dort ihrer in einer Weise zu entledigen, dass man an einen Selbstmord glauben könne. Der zweite Plan sei weniger kompliziert und bestehe darin, die Leiche an die russische Grenze zu bringen, um sie dann für tot aufgefunden zu erklären. Sowjetrussland würde in diesem Falle behaupten, Kutjepow habe heimlich die Grenze überschritten wollen, um in Russland einen Aufstand gegen das jetzige Regime zu organisieren. Die „Liberté“ weist weiter darauf hin, dass der Gang der Untersuchung in der Verschleppungsaffäre des Generals in letzter Zeit grosse Fortschritte gemacht habe, dass aber im Interesse der restlosen Aufklärung keine weiteren Einzelheiten mitgeteilt werden könnten.

Vor der chinesisch-russischen Konferenz.

Abwartende Haltung Moskaus. — „China mehr interessiert.“ Moskau, 27. April.

Nachdem nun endlich in Moskau die offizielle Nachricht eingelaufen ist, dass der chinesische Vertreter Mo Dequi am 1. Mai aus Charbin nach Moskau abreisen wird und die so lange hinausgezögerte chinesisch-russische Konferenz somit in greifbare Nähe rückt, beginnen die führenden Sowjetblätter ihre Aufmerksamkeit den bevorstehenden wichtigen Auseinandersetzungen zuzuwenden und die Aussichten der Konferenz zu besprechen. Bemerkenswert ist der sehr vorsichtige Ton der Sowjetpresse. Es scheint, als ob die kühle Reserve, die man in Moskau sehr betont zur Schau zu tragen begann, als es klar geworden war, dass die Chinesen dem ursprünglich vereinbarten Konferenztermin d. h. den 25. Januar nicht einhalten wollten, auch jetzt noch bis zu einem gewissen Grade beibehalten werden soll. Die „Prawda“ hebt hervor, dass die Verschleppung der Konferenz einzig und allein China auf das Schuldkonto zu setzen sei. Die schon im Januar zu sofortigen Unterhandlungen bereitete Sowjetunion habe ihre auf Festigung des Friedens in Ostasien eingestellte Politik auch jetzt nicht geändert, aber schon vor Beginn der Konferenz müsse mit aller Deutlichkeit gesagt werden, dass die Haltung Chinas leider von einer gewissen Zweideutigkeit noch nicht frei sei. Erstens habe man in Moskau immer noch den Eindruck, als ob die grossen imperialistischen Mächte, die eine Einigung zwischen Moskau und Nanking nicht wünschten, auf China immer noch einen unheilvollen Einfluss ausübten und zweitens sei von seiten Chinas eine sehr wichtige Vorbedingung ungeachtet der Chabarowsker Vereinbarungen noch nicht erfüllt worden, nämlich die Auflösung und Abrüstung der „Weissgardisten“. Doch gibt die „Prawda“ zusammenfassend der Hoffnung Ausdruck, dass die konsequente und feste Friedenspolitik der Sowjetunion wenigstens die Möglichkeit zu einer Besserung der chinesisch-russischen Beziehungen geschaffen habe. Mit demselben Thema beschäftigt sich auch die „Krasnaja Swesda“, das Blatt der Roten Armee. Dieses Blatt hebt mit ganz besonderem Nachdruck hervor, dass China an einer schleunigen Regelung der Streitfragen weit mehr interessiert sei als die Sowjetunion. Der Verlauf des Konflikts habe gezeigt, dass die Sowjetunion die gefestigtere Stellung einnehme. Sie habe die Verschleppungsmanöver der Chinesen kühl abwartend hingenommen und könne auch weiter warten, während China das grösste Interesse daran habe, in der nördlichen Mandschurei und auf der ostchinesischen Eisenbahnlinie endlich ruhige Verhältnisse eintreten zu lassen.

Genf, 26. April (A.A.). Dem Sekretariat des Völkerbundes wurde ein Exemplar des in London unterzeichneten Flottenabkommens zugestellt.

Ein Erfolg Stalins.

Moskau, 27. April. Der Verlauf der Tagung des Parteikongresses der ukrainischen Hauptstadt Charkow, die soeben zur Vorbereitung des im Juni stattfindenden Kongresses der Kommunistischen Partei stattgefunden hat, bedeutet für das Zentralkomitee und damit für Stalin einen starken Erfolg. Die Tagung stand von Anfang an im Zeichen der Huldigung für Stalin, der in Abwesenheit zum Ehrenpräsidenten gewählt wurde. Die Resolution dieser für die ganze Sowjetunion massgebenden Parteiorganisation stellt sich vorbehaltlos auf den Boden der bisher eingehaltenen Generallinie des Zentralkomitees unter schärfster Verurteilung aller „Abirrungen“ nach rechts und nach links. Die Resolution lässt den Schluss zu, dass wenigstens die Charkower Kommunisten wenn nicht sämtliche ukrainische Parteimitglieder auf dem bevorstehenden Parteikongress sich bei etwaigen Auseinandersetzungen hinter Stalin stellen werden.

Letzte Telegramme.

Das gärende Indien.

Kalkutta, 27. April. Der Rücktritt des Präsidenten der indischen Gesetzgebenden Versammlung wurde vom Vizekönig genehmigt. Der Vizekönig richtete an den scheidenden Präsidenten ein Schreiben, in dem er den Rücktritt bedauerte, aber auch auf das schwere Unrecht hinwies, dass der Präsident durch seinen Rücktritt begehe und auf die „gefährdende Verachtung der Gesetze, die darin zum Ausdruck käme.“

Der Zeppelin.

Berlin, 27. April. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ landete heute morgen gegen 7 Uhr mit 20 Passagieren an Bord in Friedrichshafen. Am Mittwoch findet die angekündigte Passagierfahrt über die Schweiz statt. Der erste Flug nach Südamerika ist von Dr. Eckener endgültig auf den 18. Mai angesetzt worden.

Schober in Paris.

Wien, 27. April (A.A.). Der Bundeskanzler Dr. Schober ist heute nach Paris abgefahren. Wien, 27. April. Nach seinem Besuch in Paris wird der Bundeskanzler Dr. Schober auch London besuchen.

Zusammenstoss auf hoher See.

Tokio, 27. April. In der Nähe der japanischen Küste stiessen ein japanischer und ein chinesischer Passagierdampfer zusammen. Der chinesische Dampfer ist gesunken. 11 Matrosen und Passagiere des chinesischen Dampfers werden vermisst, die anderen konnten gerettet werden.

Flugzeugabsturz bei Paris.

Paris, 27. April. Bei Paris stürzte ein Flugzeug aus beträchtlicher Höhe ab. Die drei Insassen wurden getötet. Es handelt sich um ein sog. Sonntagsflugzeug, das am Sonntag über Paris und Umgebung Vergnügungsflüge ausführte.

Eine neue Bauernpartei in Frankreich.

(Von unserem Berichterstatter.) Paris, Mitte April.

Die Senatswahlen, die Ende vorigen Jahres stattfanden, haben es mit sich gebracht, dass eine Reihe von Abgeordneten, die in den Senat gewählt wurden, ihre Abgeordnetenmandate niedergelegt hat. Es haben deshalb etwa ein Dutzend Nachwahlen zur Kammer stattgefunden, deren Ergebnis man mit Spannung erwartete. Man wollte feststellen, ob die Wendung, die die französische Innenpolitik durch das Aufkommen der Aera Tardieu durchgemacht hat, einen nennenswerten Einfluss auf die Stellungnahme der Wählermassen ausgeübt hat. Da in der Hauptsache linksstehende Abgeordnete zu ersetzen waren, betrachteten die Rechtsparteien das Wahlergebnis als eine Art Generalprobe für die Kammerwahlen vom Jahre 1932. Das ist eine starke Uebertriebung. Jedoch muss man zugeben, dass sich einige Symptome gezeigt haben, die vielleicht doch einen gewissen Einfluss auf die Entwicklung der Parteien haben könnten. Zum ersten Mal traten die französischen Bauern geschlossen auf. Sie haben eine Agrarpartei gegründet und es ist ihnen gelungen, in einem Wahlkreis am letzten Sonntag einen ihrer Kandidaten durchzubringen. Dieser Kandidat hat den Radikalen einen Sitz entzissen. Die französische radikale Partei ist von Haus aus die Vertreterin des „juste milieu“, also die Vertreterin des kleinen Rentnerums, des Bauern, der an der Scholle klebt, und der Handelswelt, die konservativ an der Tradition festhält und deren Hauptaugenmerk auf der Erhaltung des kleinen und mittleren Besitzes ruht. Deshalb hat die radikale Partei auch niemals in Paris festen Fuss fassen können, und ihre Chancen sind bei den Wahlen in den Industriezentren niemals besonders gross gewesen. Nach dem Kampfe der letzten Wochen und nachdem die Durchführung der Konzentration nach links sich als unmöglich erwiesen hat, sollten die Nachwahlen zeigen, ob die Radikalen den Sozialisten oder die Sozialisten den Radikalen Boden entzissen können.

Wenn auch die rechtsstehenden Blätter die Behauptung aufstellen, dass die Sozialisten sich auf Kosten der Radikalen vergrößert hätten, kann man ein solches Urteil wohl kaum als allgemein gültig bezeichnen. Gewiss haben die Sozialdemokraten vier Sitze errungen und hiervon zwei den Radikalen abgenommen. Aber wer die Wahlziffern betrachtet, wird dieses Ergebnis zurückführen müssen auf örtliche Schwierigkeiten in der Kandidatenfrage und auf den Mangel an Disziplin, der in den Bezirksorganisationen der Sozialisten festzustellen ist. Was das Ausland interessiert, ist die Frage: Wird eine Wahlkoalition der Radikalen und der Sozialisten (die darin besteht, dass die beiden Parteien, nachdem sie im ersten Wahlgang getrennt vorgehen, sich für den zweiten Wahlgang verpflichteten, den Kandidaten, der die geringste Stimmenzahl erreicht hat, zugunsten des Kandidaten, der die höchste Stimmenzahl erreicht hat, zurückzuziehen) einen Erfolg der beiden Parteien des Kartells der Linken zu sichern? Man könnte ohne weiteres diese Frage mit Ja beantworten, wenn nicht der neue Faktor Agrarpartei in die Erscheinung getreten wäre. Hier liegt für die Zukunft etwas absolut Unbekanntes und es wird keinem Politiker gelingen, mit Sicherheit voraussagen zu können, was dieser Sauerzettel, der in die französische Politik eingeführt werden soll, wirken wird. Die neue Agrarpartei gebärdet sich nicht wie eine reaktionäre Partei. Sie beschränkt sich vorläufig auf eine Ständevertretung und will im übrigen politisch neutral bleiben. Die Radikalen also werden sich vor allen Dingen mit dieser Partei auseinanderzusetzen haben, denn sie beachtet das Feld, auf dem der Radikalismus in Frankreich gross geworden ist. Die Neugründung hat demnach, wenn sie überhaupt von Dauer ist, Aussicht, bei den Wahlen